

VORWÄRTS

Sozialistische Zeitung

öS 8.-

- ▷Wahlanalysen
- ▷Falk gegen Drucker
- ▷Wohin geht die Sozialdemokratie?
- ▷Frankreich

Rechtsruck bei Wahlen gestoppt! Jetzt:

Sozialistische Linkspartei / SLP
 Österreichische Sektion des CWI/KAL
 Kaiserstraße 1A/11; A-1070 Wien
 Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
 E-Mail slp@gmx.at

Sozialabbau verhindern!

Überraschender Wahlsieg für die SPÖ, vorläufiger Stop Haider und Plätzen von Schüssels Anspruch „Erster zu werden“. Viele haben bei dieser Wahl, aus Angst vor blau-schwarz, SPÖ als kleineres Übel gewählt. Die Rechten haben eine auf's Dach bekommen. Gut so! Grund zum Aufatmen? Nein, zumindest nicht lange. Die nächste Regierung wird nämlich im Frühling dort weitermachen, wo die letzte aufgehört hat: bei der Suche nach 50 Milliarden Schilling. Geholt werden sollen sie aus den Taschen der Arbeitnehmer, Pensionisten, Frauen und Jugendlichen.

von David Mum

Es ist klar, die Bürgerlichen haben sich sicher ein anderes Ergebnis gewünscht. Trotzdem werden sie nach dem Motto „Jetzt erst recht“ voll in die Offensive gehen. Zwei Szenarien sind möglich: Schüssel zieht die SPÖ über den Tisch und verwirklicht mit ihr das, was er „Schüssel-Ditz“-Kurs nennt. Ein großer Teil der SPÖ-Führung ist bereit, hier sehr weit mitzugehen und sich als die besseren „Sozialabbauer“ zu beweisen. Der SPÖ-Beamtenstaatssekretär sprach noch am Wahlabend von drastischen Schnitten, die jetzt nötig wären. Die zweite Möglichkeit ist nach wie vor Schwarz-Blau, in welcher Form auch immer. Für Schüssel sind auch nach der Wahl „alle Optionen offen“. Dahinter steht die bürgerliche Strategie, die der Journalist Unterberger im konservativen Leibblatt „Die Presse“ richtig zum Ausdruck gebracht hat: Haider in der Regierung ist riskant, er funktioniert aber gut als „Drohgeste“ um den „Reformwillen“ der SPÖ zu fördern. Die SPÖ solle ihre staatstragende Verantwortung vor ihre Wahlversprechen setzen und das den Wählern und Mitgliedern damit argumentieren, daß sonst Schwarz-Blau komme!

Angriff auf soziale Rechte

Alle Parteien haben vor den Wahlen in ihren Papieren Sozialabbau angekündigt. Die SPÖ und die Grünen haben die allgemeine „Sparpropaganda“ voll mitgetragen und nur erklärt

„gerechter soziale Rechte abbauen zu wollen“. Folgende Angriffe stehen auf jeden Fall ins Haus. Denn sie sind das Kanzlerprogramm der SPÖ: Erhöhung der Versicherungsfristen bei den Pensionen um zwei Jahre, Erhöhung der Selbstbehalte in den Krankenhäusern, Selbstbehalt bei Kuraufenthalten, Abbau von 3000 Planstellen jährlich im Beamtenbereich, 3,5 Milliarden Einsparungen bei den Lehrern jährlich, 2,5 Milliarden weniger beim Arbeitsmarktservice....

Die ÖVP pocht weiter zu 100% auf ihren Kurs und fordert darüber hinaus: Nulllohnstunden bei den Beamten, Sofortmaßnahmen gegen die Frühpensionisten, Absenkung bei Arbeitslohnbezüglichen, Verlängerung der Durchrechnungszeiträume, Studiengebühren,... Selbst wenn es „nur“ zu einem Kompromiß auf halbem Weg kommen würde, wäre dies das größte Belastungspaket in der österreichischen Geschichte. Und damit nicht genug: ÖVP-Wirtschafts „experten“ sehen in den nächsten zwei Jahren einen Sanierungsbedarf von 200-250 Milliarden.

Links aktiv werden

Unser Wahlkampflogan: "Rechtsruck verhindern! Links aktiv werden!" hat jetzt also seine volle Gültigkeit gezeigt! Das Wahlergebnis ist ein Ansatzpunkt für Gegenwehr. Es liegt aber auf der Hand, daß die SPÖ-Führung diese Gegenwehr nicht organisieren will. Weder in der Opposition und schon gar nicht - wie sie das vorhat - als selbst sozialabbauende Regierungspartei. Die Chance,



Sozialabbauer unter sich

die das Wahlergebnis politisch bietet, müssen wir selbst nutzen. Die auch weiterhin drohende schwarz-blaue Keule kann nur durch eine Mobilisierung in den Betrieben, Schulen und Universitäten und nicht durch eine Fortführung der bisherigen Politik abgewendet werden.

Wir dürfen weder ÖVP, FPÖ oder LiF in der Regierung, noch eine bürgerliche Politik akzeptieren. Egal von wem sie kommt. Alle linken SPÖler und Gewerkschafter, die gegen „so weiter machen wie bisher“ sind, müssen sich zusammenschließen. Es ist ein Kampf darum zu führen, daß es keine „Blut, Schweiß und Tränen“-Politik gibt. Denn wenn wir dabei versagen, wird das Pendel wieder in die andere, rechte Richtung ausschlagen.

LINKS

aktiv werden!

Gemeinsam

gegen

Sozialabbau!

Der Standpunkt:

Haider gestoppt?

Haider hat zum ersten Mal verloren. Der Mythos des Unbesiegbaren ist damit gebrochen... Haider hat sein Erdrutschergebnis von 1994 halten können - das ist ein Erfolg für die FPÖ. Beides ist nicht falsch. Beides greift aber zu kurz. Die FPÖ hat nicht nur das Ergebnis von 1994 halten können. Deutlich hat sich gezeigt dass die Blauen inzwischen eine Stammwählerschaft etablieren konnten.



von John Evers

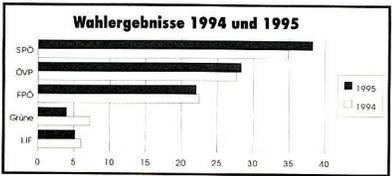
Wahl gegen Rechtsruck

Einer war wieder einmal in seiner Wahlanalyse nicht mehr zu überbieten: Verlierer Jörg Haider. Die Ostblockmentalität in Österreich sei schuld an dem Ergebnis. Nur im Westen des Landes (wo er Stimmen dazugewonnen hat) herrsche Demokratie. Doch warum gewann die SPÖ wirklich die Wahl? Eine Analyse von Claudia Sotger

Claudia Sotger

Zum ersten Mal seit 1979 hat die SPÖ bei einer Nationalratswahl dazugewonnen. Nach dem Katastrophenergebnis vom Vorjahr (minus 8 %), konnte sie 3,5 % wieder gut machen. Die SPÖ gewann bei Pensionisten, Beamten und Angestellten. Vor allem auch ehemalige Nichtwähler konnten angesprochen werden.

Ankündigung eines „Blut und Tränenbudget“ bot genügend Angriffsfläche, die selbst erprobte Sparpaketschürmer in der SPÖ nicht ungeun- tust lassen konnten und wollten.



ÖVP: Wahlziel verfehlt, aber...

Schlüssel war für die ÖVP der dynamische Hoffnungsträger. Sein Versuch - nach jahrelangen ÖVP-Niederlagen - sich als Führer des bürgerlichen Lagers zu profilieren, scheiterte. Das Wahlergebnis hat das Dilemma der Volkspartei nicht gelöst, sondern weiter zuspitzt. Die ÖVP wird versuchen, bei den Regierungswahlungen ihren radikalen Sparkurs anzuhaken. Voller Konfrontation ist für sie zur Überlebensfrage geworden.

Haider weiter gefährlich!

Haiders Aufstieg wurde vorerst gebremst. Trotzdem konnte die FPÖ allem bei jüngeren Arbeitern auf Kosten der SPÖ weiter zulegen. 35% der Arbeiter wählten die FPÖ (im Vorjahr waren es 28%), während die SPÖ nur mehr 41% der Arbeiter für sich gewinnen konnte. Die FPÖ bleibt - vor allem wegen eines inzwischen hohen Stammwähleranteils - ein gefährlicher innenpolitischer Faktor.

WAHLRECHT FÜR ALLE! HERKESE EŞİT SEÇİM HAKKI! BIRAČKO PRAVO ZA SVAKOGA!

Am 17.12.95 waren rund 400.000 Menschen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Sie dürfen nicht mitbestimmen, welche Partei stärker, welche schwächer wird und welche Politik sie unterstützen. 400.000 Menschen, die hier leben und arbeiten, aber nicht die österreichische Staatsbürgerschaft haben, wird dieses Grundrecht verweigert. In anderen Ländern gibt es wenigstens das kommunale Wahlrecht, in Österreich gibt es keine Partei, die sich dafür offenstelt einsetzt. Haider hat die Stimmung derart verschärft, daß sich selbst „linke“ Parteien fürchten, das Thema

aufzugreifen. VORWÄRTS hat daher gemeinsam mit anderen Organisationen aus dem linken sowie dem Ausländer- und Gewerkschaftsbereich die Aktion „Wahlrecht für Alle“ gemacht. Am 16.12.95 wurde eine „Abstimmung“ in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol über das Wahlrecht für ausländische MitbürgerInnen durchgeführt. Über 1000 Menschen haben trotz Schneeregen, Kälte, Windstichs- und Wahlstreu für „JA“ gestimmt! Bemerkenswert war, daß In- und Ausländer gemeinsam diese Aktion

Grüner Absturz

Die Grünen sind die eindeutigen Verlierer dieser Wahl. Die Erklärungsversuche der Parteispitze von dem Angst vor blau-schwarz-Wählern, die der SPÖ die Stimme gaben, trifft nur zum Teil zu. Verloren die Grünen doch auch beträchtliche Stimmanteile an das Liberale Forum und an die ÖVP. Die Grünen, allen

voran Petrovic, taten alles, um sich als regierungsfähig zu beweisen und stellten sich immer weniger als Oppositionspartei dar.

Auch bei den Grünen stand die Budgetsanierung im Vordergrund: Für eine öko-soziale Marktwirtschaft (ÖVP-Wahlslogan 1990), in der so- gar Studiengebühren vorstellbar sind. Daß sie mit diesem Programm und Auftreten keine linke Alternative zur SPÖ darstellen, wurde in diesem Wahlkampf mehr als offensichtlich. Und daß modernes PR-Management samt Kurzschnurchnitt und Rollerblades die Inhalte nicht ersetzen kann, mußten nun auch die Grünen schmerzhaft feststellen. Vor allem aber streiten Grüne und Liberale immer stärker um das selbst (großteils bürgerliche) Wählersegment. Das Liberale Forum wurde so für viele bisherige Grün-Wähler zur „konsequenteren“ Alternative.

VORWÄRTS fällt auf!

VORWÄRTS hat einen sehr intensiven Wahlkampf geführt. Unser unterschiedliches Auftreten in den Medien und den Rechtsruck ist in den Medien aufgefallen! Berichte gab es unter anderem in Standard, Profil, ORF, Euro-News, RTL und dem dänischen Fernsehkanal.

gemacht haben - und sie wurde als erster Schritt für längere und intensivere Zusammenarbeit gesehen. Denn es gibt noch viele Themen, um die wir uns kümmern müssen: Das aktive und passive Wahlrecht für alle, die hier leben! Weg mit den rassistischen Ausländergesetzen! Die volle politische und rechtliche Gleichstellung Aller!

Impressum: Eigenverlag, Herausgeber und i.d.A.: Veronika VORWÄRTS (sozialistische Demokratie), P.O. 1082 Wien, Druck: Druckerei Brucke, 1010 Wien, Wpplagenzahl 2/3 Herstellungs- und Vertriebsweg: Wien.

Falk setzt Drucker unter Druck

Anfang November '95 erreichte die leidgeplagten Drucker der Falk-Druckerrei, „Familia-Press“ ein Brief ihres Chefs.

von Michael Gernacher VORWÄRTS Gewerkschaftsverantwortlicher

Falk kündigte seinen Mitarbeitern darin an, daß sie „ab Jänner 1996 ihre bisherige Tätigkeit gegen ein monatliches Brutto-Gesamt-Lohnmehndeckung in dem sämtliche Überstunden, Zulagen und sonstige denkbare Vergütungen (Arbeit an Wochenenden, an Feiertagen, bei Tag oder bei Nacht etc.) enthalten sind, in der Höhe von S.30.000,- fortsetzen“ dürfen. Wie? Nein, denn das sind rund 40% weniger, als die KV-Zahlung wäre! In dem „Angebot“ wären auch sämtliche Überstunden und Feiertagszulagen enthalten. Außerdem sind die Drucker wegen der schweren Schichtarbeit (z.B. Wechsel Tag- und Nachtschicht) und der Sonn- und

Aktionen gegen Falk

Am 8.11.95 erfuhren wir vom Falk-„Angebot“. Ein Mitarbeiter des VORWÄRTS-Gewerkschaftsstammes und Betriebsrat der Mediaprint rief an und berichtete vom Falk Brief.

Wir beschlossen gemeinsam mit Druck und Papier (DuPa) einzubeharren. Bei einer Aussprache vom Montag, den 13.11., äußerten die DuPa-Funktionäre Bedenken gegen eine Grokkation: „Kam Mitglieder in der Druckerrei, teilweise auch treuge Drucker, keinen rechtmäßigen Betriebsrat und niemanden, der bereit ist, Falk auf Anwendung des richtigen Kollektivvertrages zu klagen.“

Bereits am Freitag auf der AK-Vollversammlung versuchten wir, die Ge-

Kurt Falks, „Täglich Alles, und „Ganze Woche“ kann von „Hausdrucker“ nicht mehr die Rede sein.

„Solte bis 15.11.95 keine Erklärung der Annahme der neuen Einblendungen im Unternehmen eingetroffen sein, werden wir Ihr Dienstverhältnis zum nächsten Zeitpunkt auflösen müssen.“ droht Falk offen. Daß in Wien auf eine offene Drucker-Stelle ca. 200 arbeitslose Drucker kommen, hilft ihm enorm. Dazu

Protestaktion des Gewerkschafts Stammisich von VORWÄRTS



drehen. Die DuPa unterstützte schließlich die Kundgebung und ein Sekretär beteiligte sich mit einem DuPa-Flugblatt an der Kundgebung. Tatkraftige Unterstützung erhielten wir von einem ehemaligen DuPa-Sekretär. Am 14.11. ließ schließlich auch die ÖVP-Präsidentin zu unserer Kundgebung auf, auch die GPA konnte sich zu einer Unterstützung aufraffen.

Die Kundgebung während der Betriebsversammlung in der Druckerrei verlief absolut positiv. Viele Kollegen suchten Kontakt, eine Kollektion sich sogar bereit, Falk auf Anwendung des richtigen Kollektivvertrages zu klagen. Damit zeigte sich, was eine Grokkation bewirkt hätte. Auch das mediale Echo war ausnahmsweise gut, auch wenn einige Medien uns als Drucker bezeichneten und das VORWÄRTS nicht erwähnten. Einmalig brachte kein Sternbrennen, Gerüchten zu Folge soll es das wirtschaftlich angeschlagene Falk-Imperium („Täglich Alles“ hat angefangen 250 Millionen Schulden) durch einen Verkauf der Druckerrei an die Mediaprint saniert werden.

Zerschlagung der Post droht

Die Post steht unter dem Dauerfeuer konservativer Angriffe. ÖVP, FPÖ und LiF und neuerdings auch die Grünen drängen auf die gewinnbringende Telekommunikation zu privatisieren. Die SPÖ warb mit „nur Ausgliederung aber keine Zerschlagung“ um die Stimmen der Postler. Doch überall in Europa haben Ausgliederungen die Zerschlagung eingeleitet. Die Ausgliederung wird von der Gewerkschaft akzeptiert. Obwohl sich bei ihrer Unterschriftenaktion 700.000 Menschen gegen die Privatisierung der Post aussprachen, über die geplanten Maßnahmen sprachen wir mit einem Wiener Briefträger.

V: Wie ist die Stimmung derzeit bei Euch am Postamt?

H: Die Stimmung schwankt zwischen Frust und Wut, viele geben

drückt als „Auspacker“ angesehen. Der VPA selbst wird zum jüngsten Vorgesetzten der Zustellabteilung nicht ernst genommen. Obwohl unser VPA-Vorsitzender vom Alter her wesentlich mehr Wissen und Praxis über die Post hat, als dieser junge ahnungslose Chef. Viele jüngere Kollegen sehen dieses Bild als Zeichen für ein viel zu laches Vorgehen. Laut Teilen der Belegschaft hätte man bereits 93 streiken sollen. Manche aller Kollegen erinnern sich noch an die Protestaktionen unter der ÖVP-Allregierung und fordern so etwas heute.



V: Wären Deiner Meinung nach Deine Kollegen zum Streik bereit? H: Mit Unterstützung der Gewerkschaft auf jeden Fall. Einige auch nicht so politische Kollegen denken über Streiks gegen die kommenden Verschlechterungen nach. Viele meinen, man sollte mit den Forderungen „keine Systematisierung“, sowie „keine weitere Verschlechterung“ bei den Überstunden einen Kampf beginnen. Ein Streik müßte sich meiner Meinung nach gegen die Privatisierungs-attacken auf die Gesamtposten und für eine 40% Gehaltsüberhöhung einretten - sowohl unter anderem dem Betriebsrat der Stafa eine Kundgebung auf der Mariahilferstraße abhalten. Die Gewerkschaft sollte aber schleunigst aktiv werden, denn diese Attacke wird auf andere Berufsgruppen ausgedehnt, bis schließlich alle an Feiertagen arbeiten müssen.

V: Was sollte die Gewerkschaft Deiner Meinung nach tun?

H: Die Gewerkschaft und der VPA (Vertrauenspersonenschaft-Betriebsrat) werden als zu lauch und grob ange-

damals noch Falk-ergebener Betriebsrat installiert. Obwohl der eigentliche Betriebsrat vor Gericht alle Prozesse gegen sich die Kündigung trotz Protest ablehbt. Auch die Drucker, die an der Betriebsratswahl teilgenommen hatten, wurden früher oder später gekündigt.

Am 14.11.95 fand schließlich eine Betriebsversammlung in der Falk-Druckerrei statt, danach wurde das Angebot etwas moderater gestaltet und die Frist bis 20.11. verlängert. Trotz Widerstandes und obwohl der derzeitige (nicht rechtmäßig gewählte) Betriebsrat inzwischen mit der Gewerkschaft Druck und Papier zusammenarbeiten konnte, konnte sich Falk durchsetzen. Ein Teil der etwa 80 Drucker nahm das Angebot an, ca. 30 Drucker sollen nach Gerüchten zufolge schon beim Arbeitsamt als gekündigt gemeldet worden sein.

Falk ist jetzt noch ein „Vorkämpfer“ bezüglich freemanti-Arbeiter-Vorgehen, aber wir Leuten wie Falk nicht jetzt schon einen Riegel vorsetzen, finden diese Nachahmer!

8. Dezember

Alle Kräfte, GPA-Mitglied Die Unternehmern versuchen, die Arbeitszeiteinrichtungen zu durchbrechen und aufzubrechen. Symbolisch dafür ist der Kampf um den 8. Dezember. Seit rund 13 Jahren versuchen sie nun schon, Durchschnitt, daß am 8.12. gearbeitet wird. Waren die Arbeiter vorerst noch zaghaft, so wurden sie in den letzten Jahren immer schärfer und aggressiver. So sperrte Hartauer - gesetzwidrig - seine Geschäfte auf und ließ sich dann von seinen Kumpanen und der Presse als Märtyrer für die Wirtschaft feiern. Heuer arbeiten zum ersten Mal rund 150.000 Handelsangestellte. Möglich gemacht hat das ein Überkommen zwischen GPA und Handelsdelkammer. Für her wurden noch Sonderbedingungen vereinbart, nämlich „Freiwilligkeit“, 100% Feiertagszuschlag und ein freier Tag. Das war offensichtlich ein zu hoher Preis für die Unternehmer. Darum hat die „Dreieinigkei“ von ÖVP, FPÖ und LiF im Parlament das Arbeitsgesetz für den 8.12. von 10 bis 17 Uhr aufgehoben. Damit sind alle kommenden 8.12. für die Handelsangestellten als Feiertag abgeschafft.

Der heutige 8.12. wurde dann auch als völlig Erfolge gefeiert. Aber woher sollten wir plötzlich mehr Geld zum ausgeben haben? „Das Argument, die Geschäfte müßten länger offen halten, um den Kaufkraftabfluß zu stoppen, zieht nicht. Denn die Leute kaufen in Billigen und Ungarn ein, weil es dort billiger ist, nicht weil die Geschäfte länger offen haben!“ Die Gewerkschaft hat sich nach einer eigenen Angaben „über den Tisch ziehen lassen“. Aber selbst als sie das bemerkte, ist sie nicht aktiv geworden. Proteste gab es in Wien von VORWÄRTS'ern, die gemeinsam mit betroffenen Handelsangestellten und dem Betriebsrat der Stafa eine Kundgebung auf der Mariahilferstraße abhalten. Die Gewerkschaft sollte aber schleunigst aktiv werden, denn diese Attacke wird auf andere Berufsgruppen ausgedehnt, bis schließlich alle an Feiertagen arbeiten müssen.

Was will VORWÄRTS

Für die große Mehrheit der Menschheit hat dieses Wirtschaftssystem nichts zu bieten. In der „3.“ Welt sterben täglich zehntausende Menschen, die Umweltverschmutzung wird zunehmend zu einem unüberwindlichen Problem, und auch in den westlichen Industriestaaten wie Österreich leiden immer mehr Lohnabhängige unter Sozialabbau und Arbeitslosigkeit. Auf der anderen Seite wird eine kleine Minderheit von Unternehmern reicher und reicher. Die Ablösung dieser, der kapitalistischen Gesellschaft ist überfällig. Würden die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt sinnvoll genutzt bzw. gerecht verteilt, müßte kein Mensch mehr hungern und die Umweltverschmutzung könnte beendet werden.

Ein paar Reformen können das nichts ändern, daher streben wir ein neues Wirtschaftssystem an: sozialistische Demokratie. Die Hebel der wirtschaftlichen Macht müssen in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Die Wirtschaft muß in Gemeineigentum überführt und demokratisch gesteuert werden, damit nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur und nicht für Profit produziert wird. Durch demokratische Entscheidungen und die Abschaffung von Privilegien wird verhindert, daß das System bürokratisch und diktatorisch wird, wie der Stalinismus Osteuropas, den wir immer bekämpft haben.

VORWÄRTS ist eine unabhängige marxistische Bewegung. In der Arbeiterklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung kämpfen wir gegen das Kapital. Für jede echte Verbesserung und für die sozialistische Gesellschaft. VORWÄRTS ist Teil einer internationalen Bewegung, die in fast allen Ländern Ost- und Westeuropas und in vielen Ländern auf allen Kontinenten vertreten ist. Weltweit kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals auf politische und soziale Rechte, die die Arbeiterbewegung durchgesetzt hat. VORWÄRTS-Aktivisten sind dort vertreten, wo sich jedwellige und arbeitende Menschen für ihre Interessen organisieren und aktiv in der österreichischen Situation von Jugend gegen Rassismus in Europa, dem „Antifaschistischen Komitee Österreich“, dessen Gründung wir initiiert haben.

In der SPÖ kämpfen wir gegen die bürgerliche Politik der Parteiführung und für einen sozialistischen Kurswechsel. VORWÄRTS-Aktivisten treten als Gewerkschaftler und Betriebsräte für eine konservative Vertretung ihrer in- und ausländischen Kollegen ein und setzen sich gegen die Sozialpartnerschaft und für eine kämpferische Interessensvertretung ein.

Mit unserer Zeitung VORWÄRTS wollen wir einen Beitrag zu einer unabhängigen Arbeiterpresse als Alternative zu den bürgerlichen Medien leisten. Sie dient der Verbreitung sozialistischer Ideen und dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Wir sind unabhängig von Parteien, Unternehmern und Inseraten. Unsere Zeitung wird ausschließlich von unseren Unterstützern und Lesern finanziert. Wenn Du unsere Ideen und Ziele unterstützt, werde aktiv und mach mit bei VORWÄRTS.



Über ein Jahrhundert lang war die europäische Sozialdemokratische politische Heimat für Millionen Arbeiter, Angestellte, Jugendliche, Frauen und sozial Benachteiligte. Seit einigen Jahren sind die SPÖ und ihre Schwesterorganisationen in anderen Ländern massiv nach rechts geschwenkt. Damit verbunden waren dramatische Einbrüche bei Mitgliedern und Wählern, vor allem im Arbeitnehmer- und Jugendbereich. Wessen Organisation ist die Sozialdemokratie? Welche Ziele verfolgt sie? Wohin entwickelt sie sich? Und ist es für „echte“ SozialistInnen noch sinnvoll in sozialdemokratischen Parteien zu arbeiten?

von Sonja Grusch

Die Sozialdemokratie beteiligt sich überall in Europa an Sozialabbau, Privatisierung und auch an ausländerfeindlichen Gesetzgebungen. Sie trägt diese Maßnahmen entweder mit oder duldet sie. In den Ländern, wo sie selbst an der Macht ist, ist ihre Politik von konservativen Regierungen kaum zu unterscheiden. Warum aber betreiben SPÖ & Co nicht eine Politik der sozialen und politischen Reformen wie in den 70er Jahren? Warum geht sie gerade jetzt nach rechts?

Politik der „Konterreformen“

Die wirtschaftliche Basis für eine klassische „reformistische“ sozialdemokratische Politik ist im Gegensatz zu den 70er Jahren nicht mehr vorhanden. In Zeiten der Hochkonjunktur oder am Ende einer solchen ist es möglich, relativ „schmerzlos“ Zugeständnisse von den Unternehmern zu erreichen. Doch in Zeiten eher wendender Verteilungsspielräume bedeutet jede positive Reform, ja selbst das Sichern des Erreichten, harte Konfrontation mit den Bürgerlichen und ihren Parteien. Doch dazu war und ist die Führung der Sozialdemokratie nicht bereit. „Sicherung des Gemeinwohls“ bedeutet dann: Umverteilung von unten nach oben, oder „Sparpakete“, um die „Verschuldung“ einzudämmen.

Verbürgerlichung der Sozialdemokratie?

Die Führung der Sozialdemokratie ist also weit nach rechts gegangen, sie betreibt bürgerliche Politik (wenn auch manchmal mit sozialem Anstrich), und will mit Sozialismus nichts mehr zu tun haben. Dieser Prozess hat eine klare Stoßrichtung: Die Parteiprogramme werden von sozialistischen Inhalten „gesäubert“, die traditionelle Verbindung zu den Gewerkschaften wird gelockert bzw. gelöst, und immer weniger Arbeitnehmer sehen Sozialdemokratische Parteien als „ihre“ Parteien. Die Labour Party unter Blair hat sich auf einer Sonderkonferenz am 29.4.95 von dem berühmten „Clause IV“, dem Paragraphen, der die Ver-



gesellschaft fordert, getrennt. Stattdessen stellt die Partei nun fest, daß sie von den Tories privatisierte Betriebe nicht wieder verstaatlichen würde, sollte sie an die Macht kommen - ein Zeichen an die Kapitalisten, daß sie sich nicht „fürchten“ müssen. Tony Blair, der von vielen rechten Sozialdemokraten als Vorbild genommen wird, ist der Prototyp des „Sozialdemokraten neuen Typus“. Er hat sich verabschiedet von allem, was mit Sozialismus oder auch nur Umverteilung zu tun hat, tritt dafür für Kürzungen im Gesundheitswesen, bei der Bildung und bei Arbeitslosen ein und drängt Linke systematisch aus der Partei hinaus. Die Statuten der Partei wurden so geändert, daß der quasi

Wohin geht die Sozialdemokratie?

untergraben. In Spanien ist die Lage noch wesentlich dramatischer: Die Arbeitslosigkeit liegt bei etwa 24%, für Jugendliche bei etwa 30%. Armut ist in Spanien bereits jetzt ein Massenphänomen. Viele SP-Chefs und Vordenker lehnen sich immer stärker an die Demokraten in den USA an. Auch bei uns gab es in SPÖ, aber auch in Gewerkschaftszeitungen Lobeshymnen auf Bill Clinton und seine Demokraten. Diese sind aber keine Arbeiterpartei, keine Sozialdemokratie, sie wagen es nie und werden es niemals sein. Die Demokraten repräsentieren den „fortschrittlicheren“ Teil des Bürgertums, nicht mehr. Sie an ihnen ein Beispiel zu nehmen, heißt die Aufgabe des letzten Restes eines Klassenstandpunktes. Es hat den Anschein, als ob die sozialdemokratischen Organisationen immer mehr nur eine „amerikanisierte“ Mittelklassepartei unter vielen anderen werden würden.

Verbindung zur Arbeiterklasse wird gelöst

In Schweden, das jahrzehntelang von den Sozialdemokraten regiert wurde, bekamen diese bei den EU-Wahlen im Herbst '95 gerade 11,4% der Stimmen aller Wahlberechtigten. Nur 3,5% der Wahlberechtigten gaben ihre Stimmen der Liste, die von der Parteiführung bevorzugt wurde, der Rest für eine Liste, die von einem EU-kritischen Sozialdemokraten geführt wurde. Im Verhältnis zur Nationalratswahl 1994 bedeutete das einen Verlust von 75%. Auch in Deutschland und GB, wo seit über einem Jahrzehnt die CDU bzw. die Tories aggressive Kürzungspolitik betreiben, ist es nicht klar, ob die jeweilige Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen gewinnt. Die Schuld dafür wird dem Wähler zugeschrieben, „der modernen Wähler ist ein „Chameleon“, die Wähler verlieren heute entweder existenz oder verkommen zu Yuppie-Vereinen. In der Sozialdemokratie verbliebene Linke wurden von der Bürokratie ausge-

für Politik die sozialdemokratischen Regierungen auf kommunaler Ebene gemacht haben. Und in beiden Ländern haben die „Sozialdemokraten“ bereits vor Wahlen klargemacht, daß sie, wenn sie gewählt würden, die ihre Wirksamkeit...“ bewiesen hat. Wir Sozialdemokraten anerkennen, daß sich damit ein dynamisches, wirkungsvolles und erfolgreiches Wirtschaftsmodell durchgesetzt hat.“ Das heißt ungewichtig. Nicht unwichtige Punkte sind die Korruption und kriminellen Handlungen von Spitzenfunktionären: In Italien und Frankreich haben sie der traditionellen Sozialdemokratie den Todesstoß versetzt. Und selbst dort wo sie gewählt werden, geschieht das ohne Illusionen aber „mit zu gehaltener Nase“, um noch Schlimmeres (z.B. Häider) zu verhindern.

Linke Flügel zusammengebrochen

Rechte Politik hat die Sozialdemokratie auch schon früher betrieben. Doch während es früher innerparteiliches Leben und vor allem auch linke Flügel gab, ist all das heute fast völlig zum Erliegen gekommen. Der Grund dafür liegt bei der traditionellen Linken selbst. Die Entwicklungen in Osteuropa haben vielen ihre (pro-stalinistische) politische Grundlage entzogen. Sie politisch nach rechts gegangen, Teil des Establishments oder inaktiv geworden. Vor allem die Jugendverbände - früher Hochburgen der Linken - sind heute entweder existent oder verkommen zu Yuppie-Vereinen. In der Sozialdemokratie verbliebene Linke wurden von der Bürokratie ausge-

grenzt und vielfach ausgeschlossen. Und die SPÖ? All diese grundlegenden Tendenzen sind auch in Österreich zu sehen. Im Entwurf für das neue SPÖ-Parteioprogramm steht „...Marktwirtschaft, die ihre Wirksamkeit...“ bewiesen hat. Wir Sozialdemokraten anerkennen, daß sich damit ein dynamisches, wirkungsvolles und erfolgreiches Wirtschaftsmodell durchgesetzt hat.“ Das

Parteilieferung noch den jeweiligen Koalitionspartner für den Sozialabbau und die Zerschlagung der Verstaatlichten verantwortlich. Doch der Rechtsruck der SPÖ hat sich beschleunigt. Heute sind die Eckpunkte der damaligen ÖVP-Politik schon Bestandteile der offiziellen sozialdemokratischen Linie. Die innerparteiliche Linke ist de facto tot. Der ehemalige Führer der linken „Tribüne“, Manfred Matzka, ist heute Chef der Fremdenpolizei und einer der



Felipe Gonzales - Chef der PSOE und rechter Sozialdemokrat

Wort „Sozialismus“ kommt im gesamten, immerhin 55 Seiten langen Text kein einziges Mal vor. Die SPÖ betreibt seit Anfang der 80er Jahre einen offenen rechten Kurs. Der Eintritt in die, zuerst kleine, später große, Koalition seit 1983 markiert hier einen Wendepunkt. Nicht daß die SPÖ vorher sehr klassen-kämpferisch gewesen wäre, aber diese Koalitionen waren der politische Ausdruck für den Bruch mit der Reformpolitik. Am Beginn machte die

Parteilieferung noch den jeweiligen Koalitionspartner für den Sozialabbau und die Zerschlagung der Verstaatlichten verantwortlich. Doch der Rechtsruck der SPÖ hat sich beschleunigt. Heute sind die Eckpunkte der damaligen ÖVP-Politik schon Bestandteile der offiziellen sozialdemokratischen Linie. Die innerparteiliche Linke ist de facto tot. Der ehemalige Führer der linken „Tribüne“, Manfred Matzka, ist heute Chef der Fremdenpolizei und einer der

Parteilieferung noch den jeweiligen Koalitionspartner für den Sozialabbau und die Zerschlagung der Verstaatlichten verantwortlich. Doch der Rechtsruck der SPÖ hat sich beschleunigt. Heute sind die Eckpunkte der damaligen ÖVP-Politik schon Bestandteile der offiziellen sozialdemokratischen Linie. Die innerparteiliche Linke ist de facto tot. Der ehemalige Führer der linken „Tribüne“, Manfred Matzka, ist heute Chef der Fremdenpolizei und einer der

Hauptverantwortlichen der grauslichen Abschiebepolitik. 1992 wurden von der SJ-Führung selbst fünf VORWÄRTS-Unterstützer wegen ihres zu linken Kurses ausgeschlossen. Leute wie Einem gehen mit dem, was sie sagen, bestenfalls auf „Kreisky-Kurs“. Entscheidend ist allerdings, was sie tun: Als Minister sankt Einem die Wanderungsquote. Innerparteilich unternimmt er nichts, um dem offiziellen Kurs der Partei, eine organisierte Alternative

entgegenzustellen. SPÖ und Gewerkschaften Die Verbindung zwischen Partei- und Gewerkschaftsführung ist in Österreich noch relativ stark. Aber auch hier treten die ersten Spannungen auf, wie die Gewerkschafts „proteste“ anlässlich des ersten „Sparpaketes“ gezeigt haben. Die Gewerkschaftsführung wird in Zukunft verstärkt gezwungen sein, gegen Kürzungen und Angriffe

Parteilieferung noch den jeweiligen Koalitionspartner für den Sozialabbau und die Zerschlagung der Verstaatlichten verantwortlich. Doch der Rechtsruck der SPÖ hat sich beschleunigt. Heute sind die Eckpunkte der damaligen ÖVP-Politik schon Bestandteile der offiziellen sozialdemokratischen Linie. Die innerparteiliche Linke ist de facto tot. Der ehemalige Führer der linken „Tribüne“, Manfred Matzka, ist heute Chef der Fremdenpolizei und einer der

aufzutreten, will sie ihre Basis nicht verlieren. Gleichzeitig gibt es auch in der SPÖ-Führung Versuche, diese Bindung zu lockern und in Richtung „neuer Mittelschichten“ zu gehen. In anderen Ländern ist dieser Prozeß schon viel weiter fortgeschritten. In Schweden z.B. lösen regionale und nationale Gewerkschaftsverbände zur Zeit ihre formalen Verbindungen zur Sozialdemokratie und stellen ihre Zahlungen an sie ein. In Upsala wurden drei sozialdemokratische Politiker ih-

ren Position entzogen und es wurde ihnen verboten, Gewerkschaftspositionen zu besetzen, weil sie auch an Aktivitäten von Streikbrechern beteiligt hatten. Und Arthur Scargill, ein bekannter linker Gewerkschaftsführer, plant eine Abspaltung von der britischen Labour Party und die Neugründung einer „Socialist Labour Party“. Er hat erkannt, daß die Labour Party keine sozialistische, klassenkämpferische Alternative mehr zu den Tories darstellt, und daß es eine dringende Notwendigkeit für die Bildung einer neuen Sozialistischen Partei gibt, die einen klaren Klassenstandpunkt einnimmt.

Linke Alternativen

In vielen Ländern gibt es Bestrebungen, sich von den traditionellen sozialdemokratischen Parteien zu lösen. Viele „Linke“ und Gewerkschafter sind zu dem Schluß gekommen, daß diese Parteien ins bürgerliche Lager gewechselt sind oder gar wechsell. Wichtig ist dabei aber vor allem, daß keine Linke mehr existiert. Die Entwicklung der Sozialdemokratie zu erwarten ist. In manchen Ländern sind die sozialdemokratischen Parteien auch quasi verschwunden, wie in Italien und Japan. Das hat die Notwendigkeit für neue Arbeiterparteien auf die Tagesordnung gebracht. Denn während die sozialdemokratischen Parteien jahrzehntlang meist die einzigen relevanten Arbeiterparteien waren (Italien ist die Ausnahme, hier hat auch die KP diese Rolle gespielt), hat die Arbeiterklasse nun, nach deren Rechtsruck, keine Partei mehr. Genau diese Alternativen haben sich in einigen Ländern schon gebildet, oder sind gerade dabei, gebildet zu werden. In Italien ist die PDS (die ehemalige KP) weit nach rechts gegangen, sie trägt die Kürzungen der Bürgerlichen voll mit. Im Zuge dieses Prozesses hat sich die RC, die „Kommunistische Wiedergeburt“, konstituiert. In Spanien war die Reaktion auf den Sozialabbau-Kurs der PSOE die Gründung der „Vereinigten Linken“, einer Art Plattform mehrerer linker Organisationen, die bei Wahlen, und zunehmend auch von den Gewerkschaften unterstützt, be-

merkenswerte Erfolge erzielt. Die PDS in Ostdeutschland stellt eine ebensolche Alternative dar - auch in anderen Ländern wie Schweden gewinnen die Ex-KP'n an Einfluß. Nun gibt es in GB und vielleicht auch in Griechenland eine derartige Entwicklung. Und zweifellos werden andere Länder folgen.

Sind diese neuen Bewegungen links von der Sozialdemokratie eine Alternative?

Zweifellos handelt es sich um linke Organisationen, in ihrer Mehrzahl auch um Arbeiterorganisationen. Sie stellen sich gegen den gemeinsamen Kurs von bürgerlichen Parteien und den „Sozialdemokraten“, gegen Sozialabbau und den Abbau von Gewerkschaftsrechten. Sie könnten durchaus die organisatorische Rolle der Sozialdemokratie übernehmen, also die Parteien der Arbeiterklasse werden. Dazu müssen sie aber breitere Bündnisse sein, wie es die Labour Party in GB ursprünglich war, ein Zusammenschluß verschiedener Gewerkschaften und sozialistischen Gruppen, ein Modell, daß bei der Vereinigten Linken gut funktioniert. Entscheidend ist, ob sie politisch die richtige Stoßrichtung haben. Nur wenn sie wirklich versuchen, Kämpfe zu organisieren, werden sie über die Wahlbühne hinaus eine Verankerung bei Arbeitnehmern und Jugendlichen finden. Die deutsche PDS z.B. das was nicht tut, hat zwar große Wahlerfolge, aber kaum AktivistInnen in den Gewerkschaften. Die Jugendorganisation, „AG - Junge GenossInnen“, verfügt gerade über 500 Mitglieder.

Hauptpunkt: Kampf dem Sozialabbau!

Die Sparpakete haben überall in Europa zu Protesten geführt, die Streiks in Frankreich sind nur die Spitze des Eisberges. Und gerade diese Arbeiter und Jugendlichen, die diese Kämpfe führen, sind nicht mehr bereit, die „Sozialdemokratie“ und ihre bürgerliche Politik zu unterstützen. Für sie sind die SP'n ein Teil jenes Establishments, das sie bekämpfen. Gerade sie suchen nach neuen Organisationen. Gibt es nichts auf der Linken, ist die Gefahr groß, daß diese Schichten politisch passiv werden. Viele, vor allem ältere Arbeiter, werden wohl noch weiterhin ihre traditionellen Parteien wählen. Einerseits

sind viele dieser Menschen besonders frustriert und werden erst nach und nach aktiv werden. Auf der anderen Seite - selbst wenn sie nichts mehr von der Führung erwarten - ist es für sie am schwersten, sich von der Sozialdemokratie zu lösen. Aber die Wählerfolge und die steigende Unterstützung für linke Organisationen zeigen, wohin die Entwicklung geht. Einige der Spitzenpolitiker, die sich nun mit diesen neuen Formationen gegen die traditionellen sozialdemokratischen Parteien stellen, haben deren Politik jahrelang mitgetragen oder zumindestens geduldet. Es wird sich nun zeigen, ob sie mit diesem Kurs wirklich gebrochen haben und ob sie bereit sind, diese Kämpfe zu unterstützen.

Neue, kämpferische Arbeiterorganisationen sind nötig!

Auch in Österreich stellt sich die Frage nach einer neuen, sozialistischen Arbeiterorganisation. Nicht eine Organisation, die künstlich und völlig abgehoben konstruiert wird, sondern eine, die jene, die kämpfen wollen, zusammenschließt, die eine Verantwortung in den Betrieben, bei Gewerkschaftern und Jugendlichen hat. Eine Organisation, die im Gegensatz zur SPÖ das kapitalistische System in Frage stellt und Alternativen dazu anbietet. Aber wie soll eine solche Organisation entstehen? Einen zentralen Punkt dafür stellt die Jugend dar. Über 20% verstehen sich als links oder sehr links. Jugendliche waren die ersten, die massiv gegen Sozialabbau gestreikt haben und auf die Straße gegangen sind. Erste Ansätze gibt es auch auf der gewerkschaftlichen Ebene. Einerseits entstehen in vielen Bereichen unabhängige Listen, meistens sind das eher jüngere Arbeitnehmer, die die Passivität und Packerei ihrer Gewerkschaftsführung nicht mehr ertragen. Gleichzeitig zeigt die Unterstützung, die es für Sallmutter und Nünberger nach der Präsentation des ersten „Sparpaketes“ und ihrem „Protest“ gab, daß es an und für sich ein Potential für eine Abspaltung ala Scargill gäbe.

Für „echte“ Sozialisten wird der Raum in den traditionellen sozialdemokratischen Organisationen immer enger. Diese neuen Organisationen können eine Möglichkeit darstellen, zu kämpfen und sozialistische Ideen zu verbreiten.

Die Entwicklung der SPÖ

schichte des Kapitalismus statt. Der Lebensstandard der Arbeiter und Jugendlichen wuchs in dieser Zeit. Mitte der 70er Jahre kam es zum Einbruch der Wirtschaft. Der lange Aufschwung ging endgültig zu Ende. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrisen wurden in Österreich zunächst durch Krisenky's „Austrokeynesianismus“ überbaut. Indem der Staat Millionen in die Wirtschaft buttern, wurden Betriebe am Leben gehalten, die sonst der Krise zum Opfer gefallen wären, und so wurden Arbeitsplätze erhalten und sogar geschaffen. Andererseits wurde dadurch aber auch eine enorme Staatsverschuldung auf-

gebaut und es kam zunehmend zum sozialpolitischen Stillstand. Der langanhaltende Wirtschaftsaufschwung der 50er und 60er Jahre war eine Ausnahme in der Geschichte des Kapitalismus. Seither gibt es abwechselnd Auf- und Abschwünge. Aber während die Abschwünge stets Verschlechterungen für große Teile der Bevölkerung bringen (wie z.B. ein Anstieg der Arbeitslosigkeit) werden diese in den Zeiten der Aufschwünge nicht wieder wettgemacht (d.h. daß auch in Aufschwüngen die Arbeitslosigkeit nicht sank, sondern sogar noch anstieg). Die Profite der Un-



Entwicklung der SPÖ-Mitgliedszahlen seit 1945

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

- Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:
- Eine Probenummer gratis!
Ein VORWÄRTS-ABO für:
- 5 Nummern zu öS 50 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu öS 100 (inkl. Porto)
Ein VORWÄRTS-FÖRDER-ABO für:
- 5 Nummern zu öS 100 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu öS 200 (inkl. Porto)

- Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:
- Ich möchte bei VORWÄRTS mitmachen.
- Zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- VORWÄRTS zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
13.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!
30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!
Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen.
Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie entgelten werden!
Gegen die Diskriminierung von Frauen: gleiche Rechte in allen Bereichen!
Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!

Kampffonds

Im Wahlkampf ist VORWÄRTS so gut wie ausverkauft. Zusätzlich haben wir noch einige hunderte "Wahlkampfmanifeste" verkauft. Insgesamt haben wir unser November-Ziel zu 80% erreicht. Beim Schweigegemisch am 1.11. haben wir 73, beim SPÖ-Wien Parteitag 166 Zeitungen verkauft. Bei Straßenaktionen wurde viel diskutiert und es gab großes Interesse an unseren Materialien. Finanzminister Stainbacher zahlte für sein VORWÄRTS öS 100.- Innenminister Einfeldt erwarb ein "Gegen-Nazi-T-Shirt". Um unser Ziel für '95 zu erreichen, brauchen wir Eure Hilfe. Daher haben wir die Aktion "Ein Weihnachtsgeschenk für VORWÄRTS" gestartet. Denn, um auch im kommenden Jahr aktiv sein zu können gegen Sozialabbau und rechte Politik, brauchen wir Geld. Mit gutem Beispiel ging Markus von JRE voran, der öS 1000.- von dem Schmerzensgeld spendete, das er als Opfer eines faschistischen Angriffs erhalten hatte. Also denkt bei Besuchen an uns!
PSK 8812.733

KampffondsAktuell
73,3%
350.000
90%
80%

Termine

- 6.1.: An diesem Wochenende veranstaltet die SJ-Gruppe Barricade ein Seminar zum Thema "Was ist Sozialismus?" - Anmeldung in der Gruppe.
2.1.: "Was ist Faschismus?" fragt die JRE-Wien Süd und versucht diese Frage gemeinsam zu lösen!
5.1.: Uns reichts! will wissen, "Gib es die Chance für eine Organisation links von der SPÖ?"
7.1.: Der erste Gewerkschaftstammtisch in einem beliebigen Jahr!
8.1.: Über die "Jugendbewegung im Mai '68" diskutiert die JRE-Wien Ost.
8.1.: "Was bringt die neue Regierung?" fragt sich JRE-Wien Nord.
8.1.: Über "Rechte Organisationen in Europa - und der Widerstand dagegen" diskutiert JRE-Wien Mitte.

Seite 6
Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern auch mit uns diskutieren?
Dann komm in eine der Gruppen, wo auch VORWÄRTS'ler aktiv sind.
Oder ruf uns an: 0222/597 0432
Wien
Uns reichts! - SozialistInnen in der SPÖ werden dich Terminrückfragen bei der Redaktion
JRE Wien Süd: jeden Freitag 19 Uhr 5., Roptpark Reipreckschloßstr.6
JRE Wien West: jeden Freitag 19 Uhr 7., Siebenstern.31
JRE Wien Nord: jeden Donnerstag 18 Uhr 45 20. Allerheiligenplatz 17 Ecke Donaueschingenstr. / Vorgartenstraße
JRE Wien Ost: jeden Donnerstag 19 Uhr "ARENA", 3. Baumg.80
JRE Wien Mitte: jeden Dienstag 19 Uhr 7., Siebenstern.31
Gewerkschaftstammtisch jeden 2und 4 Mittwoch von 19 Uhr 3. "Zentrum Erdberg" Lechnerstraße 2-4
Wels Bundesländer
SJ Wels Gruppe Barricade jeden Freitag, 18 Uhr Ecke Loyststr./Eisenhowerstr. Wels
Jugend gegen Faschismus/ Wiener Neustadt: jeden Dienstag 18 Uhr Wf, Neustädter Nachrichten Kollonitschg. 12, 1.Stock

VORWÄRTS Shop
Neuerscheinung Broschüre zum Spanischen Bürgerkrieg jetzt um öS 35,- bestellen (inkl. Porto)
VORWÄRTS - Was wir wollen 66 Selten, 40 öS Gegen Nazis T-Shirt weiß L oder XL, öS 120,- Gegen Nazis Buttons öS 15,- Materialliste öS 10,-
Verdient und erfolgt nach Einlangen des Geldes auf unserem Konto PSK 8812.733

VORWÄRTS Jugend und Kultur
SchülerInnen streiken auch in Wels

Was im September und Oktober in Wien und auch Linz begann, setzte sich in Wels (ÖO) fort: Eine SchülerInnenbewegung gegen den Bildungsplan.

von Franz Breier SAS-Aktivist

Initiiert wurden die Aktionen von "SchülerInnen für Antifaschismus und Solidarität" (SAS). Anders als in Wien gelang es auch, die sozialdemokratische Schülerorganisation "AKS" einzubinden.
Wels ist eine Schulstadt. Die Einsparungen sind in allen Bereichen zu spüren. Überfüllte Klassen und anfallende Selbstschulle nach dem Geduldslauf, der schließlich riß. An insgesamt sechs Lehrausschüssen gab es nach ersten "Meinungsfragen" eine eindeutige Mehrheit für den Streik. Stufen- und Klassenweise wurde unser Aufruf angenommen.

wurde, sogar ein ÖVP-Politiker vom nahenden "Wahlkampfauftritt" informierte. Die Agitation wurde mit "Vorwürfen" der "sozialistischen Unterwanderung" und des Auflebensmats

ten am 6. November 240 Jugendliche aus mehreren Richtungen zum Stadtzentrum. Ausgesteuert mit Transparenten und Megaphon kam trotz eisiger Kälte eine kämpferische, lautstarke



VORWÄRTS: Immer dabei im Kampf gegen Sozialabbau

Direktoren zeigen ihr wahres Gesicht
Man konnte sehen, wie weit die ansonsten "hundertmaligen" Direktoren zu gehen bereit sind - wenn sich SchülerInnen bewegen wollen. "Überstunden" wurden absolviert, in denen gegen uns Propaganda betrieben

Turnerbundes, ist nun mal nicht gerade beliebt. (Passiert ist "natürlich", nichts.)

Streik war Erfolg!

Gestört wurde die Schlußkundgebung lediglich durch einen auffällig langsam fahrenden, dafür umso lärmenden LKW der Stadtverwaltung. Die Meinungen der Jugendlichen über diesen Streik waren ausgesprochen gut. Es zeigte sich, daß über 100 weitere SchülerInnen die Aktion indirekt unterstützen, indem sie am 6.11. zu Hause blieben. Die nächste Protestwelle, der nächste Streik kommt bestimmt. Dann aber mit möglicherweise über 1000 TeilnehmerInnen. Wir machen auf jeden Fall weiter und werden die Aktionen der "Obriekte" nicht mehr unterschätzen.

Jetzt aktiv werden! "Barricade" jeden Freitag, 18 Uhr Ecke Loyststr./Eisenhowerstr. Wels

Internationales

Streik der Liverpooler Hafenarbeiter

Seit September kämpfen 500 entlassene Hafenarbeiter gegen die "Mersey Dock and Harbour Company" (MDHC) - für ihre Jobs und gegen Gelegenheitsarbeit. Denn seit Jahren versuchen die Bosse, mit Unterstützung der Tories, Gewerkschaftsrechte loszuwerden und Gelegenheitsarbeit einzuführen. Die traditionell kämpferischen Liverpooler Hafenarbeiter sind ihnen stets ein Hindernis gewesen.

Die Unterstützung der Bevölkerung, aber auch international, ist stark. Der Druck von US-Arbeitern war so groß, daß bereits mehrere Schiffe einen anderen Hafen ansteuern mußten, um ihre Ladung zu löschen. Die Hafenarbeiter haben klar gemacht, wenn ABC-line (die zweitgrößte Gesellschaft, die zwei von Liverpool anfährt) sich keinen anderen Hafen sucht, daß sie aktiv gegen diese Gesellschaft werden! An einer Solidaritäts-Demonstration am 2.12. nahmen über 15.000 Menschen teil. 150 Gewerkschaften, und Organisationen hatten Transparente bei der Demo.

Endlich Scheidung in Irland

Eine Änderung der Verfassung bezüglich der Ehescheidung stimmten am 26.11.95 rund 1,6 Millionen Iren ab. Mit einer hauchdünnen Mehrheit von 50,28% (das sind 9124 mehr Ja-Stimmen) entschied sich die Bevölkerung für die Scheidung (allerdings muß das Ehepaar vor der Scheidung 4 Jahre getrennt leben). Vorangegangen war eine Kampagne der Konservativen, die gemeinsam mit der Kirche dagegen eingetreten waren. Bischöfe drohten sogar mit der Verweigerung der Sakramente, und selbst der Papst und Mutter Theresa wurden zur "Überzeugung" herangezogen. Die Entscheidung ist ein Schlag gegen die Kirche, die in den letzten Jahren durch eine Reihe von Skandalen in den Medien war, und ein Schritt in Richtung Trennung von Kirche und Staat.

Wales muß gehen

Der Wahlsieg von Aleksander Kwasniewski (52%) in den polnischen Präsidentschaftswahlen wird als "Rückkehr der Kommunisten" bezeichnet. Nur, Kwasniewski ist genauso wenig ein Kommunist wie Walesa. Der ehemalige Arbeiterführer Walesa hat in seiner Amtszeit der reaktionären katholischen Kirche zu verstärktem Einfluß verholfen, versch eine Freunde mit Posten und öffnete das Land für ausländische Kapitalisten. Seine Niederlage ist auch ein klares Zeichen gegen die Kirche, aber auch gegen die Verschlechterung des Lebensstandards in den letzten Jahren. Kwasniewski unterscheidet sich im wesentlichen durch seine Forderung, die Rechte der Kirche zu reduzieren. Sonst fordert er, ebenso wie Walesa, die Weiterführung von Markt-reformen und will den Beitritt Polens zu EU und NATO.

Vive La Greve
Es lebe der Streik!

Paris der Stelle festzsetzend, das die öffentlichen Verkehrsmittel im Streik waren. Das störte mich aber genauso wenig wie jene zwei Drittel aller Franzosen, die voll hinter dem Streik standen.

von Ina Nalis

"Wir glauben euch nicht mehr, wir können und wollen den Gürtel nicht mehr enger schnüren. Die "Korruption" ist der Grundtenor der Streikenden, ja fast der gesamten Bevölkerung. Offiziell sind in Frankreich 11,5% arbeitslos. Seit Mitte der 80er sinken die Bürgerlichen hatten bei den letzten Wahlen die größte Mehrheit in der Geschichte erhalten. Ermöglicht hat so vor allem das völlige Versinken der Sozialdemokraten im Korruptionssumpf. Zudem gewann Chirac dann auch noch die Präsidentschaftswahlen. Er gab eine Reihe von Versprechen ab. Vor allem sagte er, die soziale Sozialabbau mehr betreiben wollen. Kaum gewählt, begann dann seine Regierung unter Juppé ein gewaltiges Sparpaket zu schnüren: Kahlschlag im öffentlichen Dienst, Erhöhung des Pensionsalters, drastische Einsparungen im Sozial- und

Häuflein von rund 2.000 Reaktionen in Paris - das ist alles was noch hinter Juppé stand. Die Regierung konnte die Kürzungen unter diesem massiven Druck kaum mehr verteidigen. Sie hat den Großteil der Pläne bereits aufgegeben. Eigentlich ist "nur" mehr der Gesundheitsplan nicht zurückgezogen. Es soll Krankenschwestern geben, die die Arbeiter zu mehr "Kostenbewußtsein" erzwingen sollen. Krankschrecks mit denen es sich kaum jemand leisten kann, krank zu sein.



Jugendliche und Arbeiter gegen die Sparpläne

Der Streik rollt

Über drei Wochen lang streikten Bahnbedienstete, Post, Flughäfen, Schulen, Universitäten und Flughafenbedienstete praktisch geschlossen. "Rien ne va plus" - nichts geht mehr. Trotz der täglichen Lügen in den Medien - der Streik bröckelt ab, etc. - kamen immer mehr Sektoren, auch der Privatindustrie, hinzu. Jeden Dienstag - am landesweiten Aktionstag - gingen mehr Menschen auf die Straße. Insgesamt mehrere Millionen. Auch die Gegner demonstrieren - ein

Nigeria: Blut für Öl!

Die Ermordung von Ken Saro-Wiwa und acht weiterer Kämpfer für demokratische Rechte durch die nigerianische Regierung löste weltweite Proteste aus. Aber dieselben Regierungen, die jetzt "protestieren", hatten jahrzehntlang keine großen Probleme mit den Militärdiktaturen in Nigeria. Und Shell - das größte ölfördernde Unternehmen Nigerias - macht seit Jahren Riesengewinne auf Kosten der Bevölkerung. Wir führten ein Interview mit AKANJI EJIREMI, einem Unterstützer der sozialistischen Zeitung "Nigerian Militant".

Die Ögmis leben in einem Teil Nigerias, in dem riesige Ölvorkommen vorhanden sind, dort gibt es jetzt Bestrebungen für Abspaltung - aber das will die Regierung nicht. Vor allem könnte das ja ein Vorbild für andere ölproduzierende Regionen sein. Und da wollte die Regierung "ein Beispiel statuieren". Sie meint: "Wir machen keine Witze mit jemandem, der unser Öl angreift!"

W: Was ist die Situation in Nigeria?
AKANJI EJIREMI: Nigeria befindet sich - trotz seiner riesigen Erdölvorkommen - in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Produktion hat sich 1994 um 5% zurück, die Staats-schuld wächst schnell, die Nigerianer keine Witze mit jemandem, der unser Öl angreift!"

W: Shell schaltet zur Zeit in vielen Zeitungen Inserate, wo sie behaupten, daß sie nichts mit dem Terror und der Ausbeutung zu tun haben. Stimmt das?
AE: Shell verdient etwa eine Million Dollar pro Tag am nigerianischen Öl. Um das zu sichern, zahlen sie den Soldaten eine Zulage zu dem Gehalt, das diese von den Machthabern bekommen. Diese Truppen töten für Öl.

W: Was ist der Hintergrund für die Ermordung?
A: Öl ist der wichtigste wirtschaftliche Faktor. 80% des BIP kommen aus der Ölförderung. Vor allem wegen der großen sozialen Probleme gibt es Konflikte zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen. Die Regierung hat das selber lange Zeit geschickt, um die Bevölkerung zu gespalten und gute Geschäfte gemacht. Aber jetzt gehen ihnen die Unabhängigkeitsbestrebungen der einzelnen Gruppen zu weit.

W: Shell schaltet zur Zeit in vielen Zeitungen Inserate, wo sie behaupten, daß sie nichts mit dem Terror und der Ausbeutung zu tun haben. Stimmt das?
AE: Shell verdient etwa eine Million Dollar pro Tag am nigerianischen Öl. Um das zu sichern, zahlen sie den Soldaten eine Zulage zu dem Gehalt, das diese von den Machthabern bekommen. Diese Truppen töten für Öl.

W: Wir danken für das Gespräch! Internationale Solidarität ist mehr als ein Wort. Wenn ihr die Arbeit von "Nigerian Militant" unterstützen wollt, überweist eine Spende auf unser Konto PSK 8812.733 (Kennwort: Nigeria), wir werden es weiterleiten.

deshalb, weil in Österreich - als Begründung, warum das bei uns nicht möglich ist - oft der zu niedrige gesellschaftliche Organisationsgrad angeführt wird. Dabei sind in Österreich 40-50% der Arbeitnehmer organisiert, im öffentlichen Dienst sogar über 90%. Wahrscheinlich hat die Gewerkschaftsführung daran Angst, von einer solchen Bewegung überholt zu werden. Das ist nämlich in Frankreich passiert. Jedemal, wenn CGT und FO-Führung einlenken und verhandeln wollten, wurde die Bewegung noch breiter, die Forderungen noch radikaler. „Zuerst ging es um einzelne Maßnahmen, dann um das gesamte Sparpaket, am Schluß um Juppes Kopf“ bringt es ein Kommentator auf den Punkt.

Rechte Programme kommen nicht durch

Nach Italien ist jetzt Frankreich das zweite Land, wo die Rechte zwar Wahlgesiege feiern konnte, aber mit ihrem Programm nicht durchkommt. Die Bewegungen in Frankreich haben sich klar gegen die EU-Maastricht-Konzepte (Sichertuch Konvergenzkriterien) gestrichelt. Mit diesen Konzepten versuchen die Unternehmer über den Kopf der Gewerkschaften in Europa Sparpakete durchzudrücken. Die französischen Streiks können eine doppelte Auswirkung haben. Einerseits sind sie ein Sprengsatz für das Maastrichter Unternehmensmarkt - die "Währungsunion". Andererseits werden die französischen Arbeitnehmer und Jugendlichen ihre Kollegen in anderen Ländern anzuweisen "anzuschließen zu sprechen". In Belgien und Holland stehen Massenstreiks gegen Sparpakete unmittelbar an.

auch viele Arbeiter diese Partei. Auch wir arbeiten mit in dieser Partei, glauben aber trotzdem, daß es notwendig ist, eine Partei für die Arbeiter zu bilden. Seit einiger Zeit gibt es wieder größere Demonstrationen und Kundgebungen - der Widerstand regt sich!

W: Was tut ihr von „Nigerian Militant“?
AE: Wir versuchen, die Ursachen der Probleme aufzuzeigen, nämlich die Krise des Kapitalismus. Wir verkaufen unsere Zeitung vor Fabriken, auf den Unis und bei Veranstaltungen. Aber ich muß das klar machen, politische Arbeit ist sehr gefährlich in Nigeria. Sie ist praktisch verboten. Daher waren unsere Genossen immer wieder im Gefängnis und werden vom Staat verfolgt. Wir arbeiten auch in einer Kampagne für Demokratie und gegen die Militärdiktatur mit. Auch dort werden die Aktivisten verfolgt. Aber obwohl unsere Arbeit sehr schwer ist, werden wir weitermachen!



W: Wir danken für das Gespräch! Internationale Solidarität ist mehr als ein Wort. Wenn ihr die Arbeit von "Nigerian Militant" unterstützen wollt, überweist eine Spende auf unser Konto PSK 8812.733 (Kennwort: Nigeria), wir werden es weiterleiten.



NEIN ZUM NATO-Einsatz in Bosnien!

Österreichische Truppen unter Nato-Oberbefehl in Bosnien! Die geplante Entsendung von 250 österreichischen Soldaten nach Ex-Jugoslawien bedeutet eine neue „Qualität“ der österreichischen Außenpolitik.

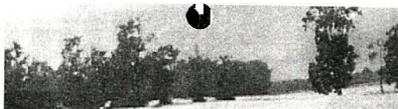
von Franz Breier jun.

Österreich war schon in der Vergangenheit nicht unbeteiligt an der jugoslawischen Tragödie. Vor allem Außenminister Mock, unterstützt vom Rest der Regierung und der gesamten „Opposition“, trieb 1990/91 die Zerschlagung Jugoslawiens mit voran. Mit der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens - im Schlepptau von Kohl und Genscher - wurde der Zerfall des Nachbarlandes forciert. 1992 wurde der Wahnsinn dann bei Bosnien fortgesetzt. Der deutsch/österreichische Block (dem wegen eigener Interessen nur zögerlich andere imperialistische Staaten folgten) ergriff von Beginn an Partei gegen die serbische und für die kroatische Seite. Weder Tudjmanns Anleihen auf das faschistische Ustascha-Regime (1941-1945) noch die Verweigerung sämtlicher Minderheitenrechte für die Serben Kroatiens störten da.

Waffenlieferungen und Nato-Bomben

Während des Krieges rüstete der Westen vor allem die kroatische Seite massiv auf. Die schwächste „ethnische“ Führung, die der Bosnier, wurde vom Westen in ein kroatisch/bosnisches Bündnis gedrängt. Doch zunächst zögerte man - wegen innerer Spannungen und Konflikten mit Rußland - noch vor einer direkten militärischen Intervention. 1995 brachte die Wende: Tudjmann ging in die Offensive und löste - mit der Eroberung von Westlawonien und der Kraina die größte Vertreibungsaktion in diesem Krieg aus. Rund 200.000 Serben mußten fliehen. Die

Nato bombte die serbischen Stellungen nieder. Die Dominanz der Serben am Balkan war endgültig gebrochen und damit das eigentliche Kriegsziel der kroatischen Führung



Nein zum Bundesheer-Einsatz in Bosnien!

und des Westens erreicht.

Der Friedensvertrag von Dayton schreibt diesen Zustand fest: Ethnische Säuberungen und willkürliche Grenzziehung. Diese Prinzipien vertreten grundsätzlich immer auch die Kriegsherren aller drei Seiten. Gleichzeitig wurden Macht und Einflußsphären damit aufgeteilt. Einerseits - mit westlicher Unterstützung - der Kriegsverbrecher Tudjmann mit Izetbegovic als Anhängsel wider Wil-

len. Andererseits der Kriegsverbrecher Milosevic. Dazwischen Millionen Bosnier, Serben und Kroaten tot oder auf der Flucht. Das ist die Ordnung a la Dayton.

Österreich macht mit

Bei der Aufteilung und Absicherung westlicher Interessen am Balkan darf jetzt auch Österreich nicht fehlen. Darum erteilt die Regierung offiziell die Durchmarschlaubnis und unterwirft sich dem Natooberbefehl. Vor allem ÖVP und FP haben auf diesen Einsatz gedrängt. Die Richtung ist klar: Österreich soll als kleiner Finger in den militärischen Arm des Westens integriert werden. Die SPÖ wich Schritt für Schritt zurück und nicht nur versäumt, schwächt ab. Das Prinzip der „neutralen“ Haltung wird durch die aktive Teilnahme an militärischen Aktionen - wie Bosnien - ersetzt. Die neue - instabilere - Weltlage erfordert diesen Schritt der Reaktion, um in ihrem Interesse zu „stabilisieren“. Er stellt zwar keine großartige Wende in der Nachkriegsgeschichte dar: Schon in der Vergangenheit sicherten österreichische Truppen ungerechte Grenzen und nationalistiche Teilung (z.B.

in Zypern) ab. Doch was momentan geschieht, ist sicherlich eine drastische Verschärfung. Denn nicht zuletzt, um im Spiel der kapitalistischen Staaten um Macht und Einfluß nicht völlig ins Hintertreffen zu geraten, muß die österreichische Bourgeoisie Schritte Richtung Militarisierung der Außenpolitik setzen. Die „Neutralität“ als friedliche „Sozialpartnerschaft“ nach außen hat sich da aus Sicht der Diplomaten, Unternehmer und Militärs überlebt.

„Krieg ist Politik mit anderen Mitteln“

Dieser Satz des deutschen Generals Clauswitz bewahrt sich einmal mehr. Dayton hat zwar kein einziges der grundlegenden Probleme des Balkans gelöst. Die Vertreibungen werden vielleicht mit dem Einsatz von 60.000 Mann zeitweise humaner, aber wahrscheinlich sogar noch verstärkt. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis erneut der Krieg ausbricht.

Strafaktionen gesetzt werden. Der Balkan bleibt der Libanon Europas. Doch dem Westen geht es nicht um einen gerechten Frieden, sondern um die Befriedung der Region mit allen Mitteln. Die Ursachen für den Krieg liegen nämlich nicht im Blut der Ex-Jugoslawen, sondern in der nationalistischen Politik der jeweiligen „ethnischen“ Führungen. Einige davon sind die besten Freunde des Westens, der ihnen für die Absicherung seiner Interessen kräftig geholfen hat. So bekamen Tudjmann und Izetbegovic Waffen und die Serben Wirtschafts-sanktionen.

Bereits einmal in diesem Jahrhundert haben Österreicher bei einer solchen „Interessensabsicherung“ mitgemacht: Im 2. Weltkrieg, als die Soldaten der deutschen Wehrmacht Partisanen und Juden ermordeten. Wir sagen: Nein zur Militarisierung der österreichischen Außenpolitik! Nato raus aus dem Balkan!

VORWÄRTS

Aktiv im Wahlkampf!

Der Wahlkampf war dominiert von Fernsehduellen und einer Flut von Plakaten und Werbesendungen der verschiedenen Parteien.

von Sonja Grusch

Aber auch wir haben einen Wahlkampf geführt. VORWÄRTS und JRE waren auf der Straße, haben Infotische und Veranstaltungen gemacht und sind klar gegen Haider und seine FP aufgetreten.

Neben Großaktionen am Stephansplatz und auf der Mariahilferstraße in Wien gab es eine Vielzahl von Diskussionen. Bemerkenswert waren unsere zwei Demonstrationen gegen Haider. Sowohl bei seinem Auftritt im 10. Bezirk am Viktor-Adler-Platz als auch bei der F-Abschlußkundgebung in der Hofburg waren wir die einzigen, die Gegenkundgebungen und Demonstrationen organisierten. Mehrere hundert Jugendliche - Schüler, Studenten, Lehrlinge und junge Arbeiter - protestierten gegen Haider. Wir haben klargemacht, was hinter Haiders Lügen wirklich steckt, was ein Haider an der Macht besonders für Jugendliche, Arbeitnehmer und Frauen bedeuten würde - nämlich drastische Verschlechterungen! Und wir sind mit diesen Protesten nicht allein geblieben - viele haben gesagt: "Macht weiter so!"

Nicht zuschauen, sondern selbst was tun! Ruf an: 0222/ 597 0 432